

Rede

von
Dr. Peter Gauweiler
MdB
Staatsminister a.D.

Fürstenrieder Frühlingsfest

Festhalle Bayernland

München Fürstenried, am 03.04.2008

Es gilt das gesprochene Wort

Unser Ministerpräsident aus Franken

Fürstenrieder

Seit vielen Jahren feiern wir unser Fürstenrieder

Frühlingsfest

Frühlingsfest mit bedeutenden Gästen. Jahrlang kam Franz Josef Strauß, nach ihm neben vielen anderen Angela Merkel und Edmund Stoiber.

Heuer haben wir die große Ehre und Freude, unseren neuen bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Günther Beckstein bei uns begrüßen zu dürfen.

Die Lage

Die Lage war noch nie so ernst. Aber das passiert bei uns von der CSU öfters. Umso wichtiger, dass wir anständige Politiker an der Spitze haben, die sich nicht drücken, sondern die sich dem Volk stellen, auch wenn es schwierig ist. Über Günther Beckstein sagte mir heute jemand: „Bei dem sieht man auf jedem Bild, wie er denkt und fühlt.“

Ist das vielleicht ein Nachteil? Mir ist so einer hundertmal lieber als die ach so photogenen Berufslügner von allen Seiten.

Wieder aus

Nach drei Ministerpräsidenten aus Oberbayern hat

Franken

Bayern nun wieder einen Ministerpräsidenten aus

Franken. Die CSU knüpft damit wieder an die große Tradition fränkischer Persönlichkeiten, die das Gesicht unserer Partei und unseres Bayern wesentlich geprägt haben:

- Ministerpräsident Dr. Hans Ehard aus Bamberg,
- Ministerpräsident Dr. Hanns Seidel aus Schweinheim bei Aschaffenburg
- Bundeskanzler Ludwig Erhard aus Fürth
Aus Fürth stammt auch der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger.

Evangelischer
Christ als Minis-
terpräsident

Darüber hinaus steht seit rund 150 Jahren, seit dem bayerischen Ministerpräsidenten Ludwig von der Pforten wieder ein evangelischer Christ an der Spitze des Freistaats.

Das ist natürlich für einen Lutheraner wie mich eine besondere Freude. Darin spiegelt sich aber auch die ganze Fülle und der Reichtum dieses gemeinsamen Bayerns.

Lieber Günther: Unser Reformator Martin Luther sagt:

„Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Ding und niemand untertan. Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Ding und jedermann untertan.“

Du wirst daran dieser Tage beim Dienst an Bayern an dieses Paradox oft gedacht haben, als Du einige Hinterlassenschaften abgeräumt hast. Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende muss sich der Ministerpräsident Beckstein gesagt haben, als er innerhalb von 24 Stunden in zwei Notoperationen am offenen Herzen der CSU das Transrapid-Dilemma beendete und einen Schlussstrich unter die Geheimnistuerei um die Landesbankverluste zog.

Transrapid

Landesbank

Die Sache mit dem Transrapid scheiterte nicht nur an einer „Festkostenvereinbarung“, die keine war, sondern vor allem daran, dass der Transrapid dem Volk gegen seinen Willen aufgedrängt werden sollte. Wir leben eben nicht in Shanghai.

Und bei den Milliardenverlusten der Landesbank (damit hätte man den Transrapid bis nach Paris oder

ans Schwarze Meer bauen können) geht es nicht darum, ob die Politik dienstags oder mittwochs informiert wurde. Sondern ob die Verluste durch den Ankauf von Kreditderivativen täuschungsbedingt waren. Und jetzt alles getan wird, die Gelder (die ja alle noch da sind, nur nicht bei der Bayerischen Landesbank) via Schadensersatz von den internationalen Großbanken wieder zurückzuholen. Wenigstens teilweise. So wie es die mutigen Stadtwerke von Würzburg getan haben, die mit derartigen Geldanlagen ebenfalls getäuscht wurden und diese Woche gegen die Deutsche Bank AG vor der 6. Zivilkammer des Landgerichts Würzburg gewonnen haben.

Die SPD kann das Verhalten der Politik bei den Kaufaktivitäten der Staatsbanker gerne prüfen. Aber dann muss sie auch dazu beitragen, dass das Verhalten der Bankenaufsicht geprüft wird:

Präsident Sanio hat es für richtig gehalten, die Subprime-Krise durch eine höchst dramatische Äußerung („... größte Bankenkrise seit 1932...“) nochmals an-

zuheizen, um so u.a. einen dramatischen Kurssturz der IKB auszulösen. Wie ist es mit dieser Bewertung zu vereinbaren, dass ein IKB-Aufsichtsrat immer noch als stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender der BaFin amtiert? Wie war das mit dem zur Deutschen Bank-London gewechselten früheren BaFin-Verwaltungsvorsitzenden? Jetzt ist der oberste Bankenaufseher der BaFin – laut „Spiegel“ -, Herr Helmut Bauer, ebenfalls aus dem Bundesdienst ausgeschieden und zur Deutschen Bank AG gewechselt.

Den Vorsprung Bayerns sichern

- Bayern hat etwas zu bieten -

Erfolgreiche Politik

Die Politik für Bayerns Zukunft kann auf einer erfolgreichen bayerischen Wirtschafts- und Ordnungspolitik aufbauen.

Wirtschaftswachstum

Beim Wirtschaftswachstum gehört Bayern zur Spitzengruppe der Bundesländer.

- Bereits 2006 Wachstum von 3,3 %.

- 2007 Wertschöpfung erneut um 2,9 % gesteigert: stärkstes Wachstum aller Länder vor Hamburg, Baden-Württemberg und Sachsen
- Seit 1997 Steigerung der Wirtschaftsleistung (gemessen am realen Brutto-Inlandsprodukt) um fast 30 %: Kein Land kommt nur annähernd an dieses Ergebnis heran.
Durchschnitt Deutschlands: 16,5 %.

Brutto-
Inlandsprodukt

Das nominale Brutto-Inlandsprodukt Bayerns beträgt heute je Erwerbstätigem 66.400,00 Euro, je Einwohner 34.720,00 Euro. Beides übertrifft die Bundeswerte (von 60.976,00 bzw. 29.460,00 Euro) deutlich.
Damit auch in Europa kein Vergleich zu verscheuen.

Niedrige Arbeits-
losigkeit

Nach Baden-Württemberg hat Bayern seit vielen Jahren die niedrigste Arbeitslosigkeit.
Ende letzten Jahres hatten wir mit 4,6 % die niedrigste Arbeitslosenquote seit 1969.
Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erreichte dagegen einen neuen Höchststand. Unser Ziel muss sein: Das Bayern als erstes Land die Voll-

beschäftigung wieder erreicht.

Made in Bavaria Die bayerischen Unternehmen haben 2007 den 14. Exportrekord in Folge aufgestellt. Die Exportquote der bayerischen Industrie liegt mittlerweile bei 50 %.

„Made in Bavaria“ ist weltweit als Premiummarke etabliert. Dazu brachen wir auch in Zukunft bayerische Familienunternehmen. Und nicht globalisierte Shareholder value Firmen.

Das Problem Erbschaftsteuer Familienunternehmen zahlen Erbschaftsteuer. Heuschrecken zahlen keine Erbschaftsteuer. Heuschrecken sind für Erbschaftsteuer, weil durch diesen steuerlichen Aderlass das Familienunternehmen zum Übernahme-Kandidat wird.

Anstehende Übergaben Entsprechend einer Studie stehen im Freistaat von 2006 bis 2010 bei etwa 63.000 Unternehmen mit knapp 500.000 Beschäftigten Übergaben an.

Rund 10.000 davon stehen nach den Planungen vor der Auflösung. Einer der wichtigsten Gründe dafür: die Erbschaftsteuer.

Wir setzen uns deshalb für eine Entlastung unserer Betriebe ein.

Teures Süd-
deutschland
Immobilien

Es ist sozial ungerecht, wenn ein Erbe, insbesondere in dem Flächen-teuren Süddeutschland wesentlich mehr Erbschaftssteuer zahlen muss, als der Erbe eines vergleichbaren landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebs in Norddeutschland, weil dort die Immobilienpreise drastisch niedriger sind.

Schwindende
Sozialverantwor-
tung

Wie viele namhafte Familien haben sich in den letzten Jahrzehnten wegen der Erbschaftssteuer bei uns nicht aus den Großunternehmen zurückgezogen. An die Stelle einer über Generationen gewachsenen Bindung und Familienverantwortung ist oft genug ein Management getreten, das sich nur dem Anleger und kurzfristigen Kapitalinteressen, nicht aber dem Unternehmen und seinen Beschäftigten langfristig verpflichtet fühlt.

EU-Vertrag von **Lissabon**

Lissabon

Es geht nicht darum, eine gute Idee schlecht zu reden. Es geht darum, die Rechte jedes einzelnen Europäers und jede einzelne Europäerin zu wahren.

Geschieht dies besser, in einem mit immer mehr Kompetenzen verdichteten Riesenstaat. Oder in nationaler und regionaler Selbstbestimmung, in versöhnter Verschiedenheit.

Heute (03. April) ist zu diesem Thema in der Süddeutschen ein eindrucksvoller Titel erschienen:

Wie Europa Staat und Recht an den Wettbewerb verkauft.

Bei diesem Artikel kommt die Kritik an europäischen Instanzen vermeintlich von links – die Kritik an der schleichenden Unterordnung der nationalen Rechtsordnungen unter den EuGH:

Es geht dabei um Anordnungen der EuGH-Richter, dass in den europäischen Nationen das gewährte Streikrecht fortan gegen so genannte „Unternehmerische Grundrechte“ abzuwägen, sei. Das sind die Fälle „Viking Line“ und „Laval“.

Viking-Line = Billiglohn Dumping bei einer Fährlinie;
Laval = Verletzung staatlicher Arbeits- und Ruhezeiten in Schweden.

Heute ist eine weitere belastende Entscheidung aus Luxemburg dazugekommen:

EuGH verbietet Tarifbindung bei öffentlichen Aufträgen

Bund, Länder und Gemeinden sollen Ihre Aufträge nicht an die Einhaltung von Tarifverträgen koppeln dürfen: Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg verwarf eine entsprechende Regelungen des Vergabegesetzes des Landes Niedersachsen.

Die Bindung sei nicht gerechtfertigt und verstoße

gegen europäisches Recht, erklärten die Richter. Der EuGH widerspricht damit nicht zuletzt der Rechtsauffassung des Bundesverfassungsgerichts. Dieses hatte 2006 am Beispiel des Berliner Vergabegesetzes unter anderem festgestellt, dass gesetzliche Regelungen zur Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen „Gemeinwohlzielen“ von „überragender Bedeutung“ dienen.

Die Richter am europäischen Gerichtshof sind der Auffassung, dass keine nationale Kompetenz ihre Macht in die Mitgliedstaaten einschränken soll.

Der SZ-Artikel schreibt, dass diese Jurisdiktion des EuGH auf fatale Weise an die souveränen Gerichtshöfe des „Ancien Regime“ erinnere (Ancien Regime = altes Bourbonen Regime)

Wie seine feudalen Ahnen trifft der EuGH gesetzesähnliche Entscheidungen mittels allgemein gehaltener Rahmenvorgaben, die von demokratischen Gesetzgebungsprozessen

weitgehend abgekoppelt sind.

Fazit:

Recht und Gesetz kommen neuerdings wieder von weit oben.

An der schwachen politischen Legitimation ändern auch die Sonntagsreden glühender Europafreunde nicht. **Wir erleben einen lautlosen und massiven Systemwandel.** Es gibt intergonvernementale Praktiken, die bisher noch jeden schiefgegangenen Volksentscheid in bürokratischen Parallelaktionen ausgesessen haben. Da wird die Prozedur solange wiederholt, geknetet und gewendet, bis das Resultat stimmt. Wir wollen die Demokratie behalten – deren politische Substanz namens „Staat“ schwindet zusehends unter dem Druck eines global agierenden Ökonomismus. Was vor drei Jahrzehnten noch Sache der staatlichen Gemeinwesens war, ist mittlerweile zur Domäne so genannter privater „Anbieter“ geworden. Im Mittelpunkt steht nicht die „Effizienzsteigerung“ sondern die Kosteneinsparung“. Dahinter steckt das Konzept damit durchgreifender

Ökonomisierung. Oikos = Privathaushalt (Ort des Hausrechts und ungleiche Verträge).

In dem Artikel heißt es weiter:

„und demnächst werden wir uns im Namen dieser Interessen womöglich auch keine Menschenwürde mehr leisten können“.

In einem in dem Artikel zitierten Urteil des EuGH heißt es:

„Allerdings hat der Gerichtshof entschieden, dass die Ausübung der Grundrechte, nämlich der Meinungs- und Versammlungsfreiheit so wie der Menschenwürde, nicht außerhalb des Anwendungsbereichs der Bestimmungen des Vertrags liegt und das sie mit den Erfordernissen hinsichtlich der durch den Vertrag geschützten Rechte [insbesondere der Niederlassungsfreiheit von Unternehmen] in Einklang gebracht werden und dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz entsprechen muss“.

In den Freiheitsrechten der demokratischen Länder Europas, der französischen Verfassung und des deutschen Grundgesetzes findet sich keine Überlegung, dass die Solidarleistungen und Grundrechte dem Spiel einer „unsichtbaren Hand“ überlassen werden dürfen.

Fazit des Artikels:

Dieses Modell findet sich eher schon in der sozialistischen Marktwirtschaft Chinas – ein Traum von Wachstum, Effizienz und relativierbarer Menschenwürde. Europa wurde einmal anders gedacht.

Pendlerpauschale wieder einführen

Dank an Ministerpräsidenten

Ich bin dem bayerischen Ministerpräsidenten auch sehr dankbar, dass er in der Frage der Pendlerpauschale die Kanzlerin Angela Merkel zu einer Rückkehr zum alten Modell bewegen will.

Kürzung verfassungswidrig

Der Bundesfinanzhof hat die Kürzung der Pendlerpauschale durch die Bundesregierung für verfassungswidrig erklärt. Eine Ungleichbehandlung von Nah- und Fernpendlern ist nicht gerechtfertigt. Der Weg zur Arbeit ist nicht privat, sondern beruflich bedingt. Nun liegt die Entscheidung beim Bundesverfassungsgericht.

Keine zusätzliche Belastung des Bürgers

Wir erleben dramatische Preiserhöhungen bei Benzin und Diesel, bei Heizöl und Gas und der Staat nimmt heute allein durch den Spritpreis-Anstieg jährlich rund 3 Mrd. Euro mehr an Steuern ein als 2005. Der Preisanstieg beim Benzin trifft vor allem die

Pendler im ländlichen Raum, also die Menschen im Flächenstaat Bayern.

Die Pendlerpauschale sollte deshalb so rasch wie möglich wieder eingeführt werden. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts muss dafür nicht abgewartet werden.

Nicht so mit uns

Davon abgesehen ist es nicht akzeptabel, wenn auf den entsprechenden bayerischen Vorstoß von Finanzminister und Parteivorsitzendem Huber bei der Bundeskanzlerin nur deren zweiter Pressesprecher antwortet.

Der Finanzminister eines der größten Bundesländer und der Parteivorsitzende einer Partei der Großen Koalition kann erwarten, dass nicht der „dritte Beamte von links“, sondern die Bundeskanzlerin antwortet.

In Sachen Wiedereinführung der Pendlerpauschale findet sich im Bundestag rasch eine Mehrheit quer durch alle Parteien.

Im Spiegel vom 23.03.2008:

„Wenn er (Erwin Huber) diese Vorschläge ernst meint, würde sich schnell eine Mehrheit im Bundestag finden. Die notwendigen Entscheidungen könnten noch vor dem Sommer getroffen werden.“

Der „Fränkische Rechen“ als ein christliches

Symbol

Kirchliches
Wappen

Der „Rechen“ war ursprünglich ein typisches kirchliches Wappen mit christlichen (nicht: weltlichen/adeligen/städtischen) Symbolen:

Christliche
Symbolik

- Die vier Spitzen (von oben) stellen die vier „Ecken“ = Himmelrichtungen der Erde dar und symbolisieren die Ganzheit der Erde.
- Die drei Spitzen (von unten) symbolisieren die Dreifaltigkeit.
- Die Farbe weiß der drei Spitzen ist die Farbe des ungeteilten Lichts als Symbol des Gotteslichts und der Reinheit;
das Rot im Wappen ist die Farbe des Blutes und der göttlichen und menschlichen Liebe.

- Dieses kirchliche Wappen findet sich bei verschiedenen Päpsten (z.B. Papst Urbanus V., 1362, 1370 sowie in mehreren europäischen Bistümern und Klöstern.

Fränkischer Re-
chen und Bay-
ern

Im Jahre 1835 wird der „fränkische Rechen“ erstmals in das Wappen des Königreichs Bayern aufgenommen und somit neben Altbayern, Schwaben und Pfalz zum Symbol eines der vier bayerischen Volksstämme.

Erst seit diesem Datum kann beim „fränkischen Rechen“ von einem amtlichen Symbol für Gesamtfranken gesprochen werden. Bis heute erscheint der „fränkische Rechen“ im bayerischen Staatswappen.

Bau der Moschee in Sendling

Sorgen der Bür-
ger

Eines dieser Probleme, das die Bürger bewegt hat und in Zukunft noch stärker bewegen wird, ist der Bau einer Moschee in Sendling.

Diese, und alle damit zusammenhängenden Fragen müssen wir verstärkt aufgreifen.

Moschee / Kirche

Wir haben gegen Stätten des gemeinsamen Gebets nichts. Für das Planen und Bauen von Moscheen verlangen wir, dass sich Bauherrn und Baubehörden an das für alle geltende Planungsrecht halten. Dies war bei der Moschee in Sendling nicht der Fall. Was wir nicht wollen ist das Entstehen von exterritorialen Trutzbürgen und Propagandazentren einer totalitären Parallelgesellschaft. Und es dient der Verwirrung, wenn vom „Gotteshaus“ die Rede ist, aber Multifunktionshäuser errichtet werden.

Hier finden sich Schule, Hospital, Waisenhaus, Armenküche, Unterkünfte für Reisende, Teestuben, Restaurants, Hochzeitssäle, Beerdigungsinstitute – alles was ein Muslim braucht, der nichts mit der deutschen Gesellschaft zu tun haben will.

Ob und wie groß eine Moschee gebaut werden soll und kann, ist deshalb nicht nur eine Frage der Religionsfreiheit, sondern noch mehr eine politische Frage:

- Dient diese Moschee auch der Integration der Muslim?
- Oder ist dies ein Stück „Landnahme“ durch eine fremde Macht, ein Versuch dem deutschen Rechtsstaat im eigenen Land das Hausrecht zu nehmen?

Staatsvertrag?

Am besten wären solche Fragen mit einer Art Staatskirchen-Vertrag zu klären, wie sie als Konkordate mit der römisch-katholischen Kirche und als Kirchenverträge mit den evangelischen Kirchen existieren.

Kein Vertragspartner

Das Problem ist nur, dass für uns keine echten Vertragspartner zur Verfügung stehen.

Die bestehenden vier muslimischen Dachverbände haben sich zwar zu einem Koordinierungsrat zusammengeschlossen und wollen nun für die staatliche Anerkennung des Islam als Religionsgemeinschaft eintreten.

Aber der Koordinierungsrat der Muslime vertritt vielleicht ein Zehntel der 3,2 Mio. Muslime in Deutsch-

land.

Er hat zudem ein demokratisches Legitimationsproblem: Es gibt innerhalb der Islamvereine keine transparente Willensbildung und keine Kontrolle.

Ditip

Die Vertretung der Ditip sind zudem Beamte des türkischen Staates, des Amtes für „religiöse Angelegenheiten“ in der Türkei (Dijanet):
mit rund 100.000 Mitarbeitern eine der größten Behörden der Welt und deren Mittel nach denen des Militärs die höchsten im türkischen Staatshaushalt sind.

Was steht in den
Staatskirchen-
verträgen

Von diesen Problemen einmal abgesehen müsste inhaltlich ein Staatsvertrag mit einem muslimischen Verband den wechselseitigen Rechten und Pflichten entsprechen, die in Deutschland Staat und Kirchen in den Staatskirchenverträgen vereinbart haben.

Reichskonkordat
von 1933

Im Reichskonkordat von 1933, das entsprechend dem Bundesverfassungsgericht für die Bundesrepublik weiter gilt, werden den Kirchen u.a. Religionsfrei-

heit, kirchliches Selbstbestimmungsrecht, Schutz des Kirchenguts oder Staatsleistungen zugesichert.

Umgekehrt übernehmen aber auch die Kirchen verschiedene Verpflichtungen.

Art. 14:

1. Katholische Geistliche, die in Deutschland ein geistliches Amt bekleiden oder eine seelsorgliche oder Lehrtätigkeit ausüben, müssen:
 - a) deutsche Staatsbürger sein,
 - b) ein zum Studium an einer deutschen höheren Lehranstalt berechtigendes Reifezeugnis erworben haben,
 - c) auf einer deutschen staatlichen Hochschule, einer deutschen kirchlichen akademischen Lehranstalt oder einer päpstlichen Hochschule in Rom ein wenigstens dreijähriges philosophisch-theologisches Studium abgelegt haben.

2. Die Bulle für die Ernennung von Erzbischöfen, Bischöfen etc. wird erst ausgestellt, nachdem

der Name des dazu Ausersehenen dem „*Ministerpräsidenten*“ in dem zuständigen Lande mitgeteilt und festgestellt ist, dass gegen ihn Bedenken allgemeiner politischer Natur nicht bestehen.

Art. 16:

Bevor die Bischöfe von ihrer Diözese Besitz ergreifen, leisten sie in die Hand des „*Ministerpräsidenten*“ einen Treueid nach folgender Formel:

„Vor Gott und auf die heiligen Evangelien schwöre und verspreche ich, sowie es einem Bischof geziemt, dem Deutschen Reich und dem Lande Treue.

Ich schwöre und verspreche, die verfassungsmäßig gebildete Regierung zu achten und von meinem Klerus achten zu lassen.

In der pflichtmäßigen Sorge um das Wohl und das Interesse des deutschen Staatswesens werde ich in Ausübung des mir übertragenen Amtes jeden Schaden zu verhüten trachten, der

es bedrohen könnte.“

Art. 21:

Im Religionsunterricht wird die Erziehung von vaterländischem, staatsbürgerlichem und sozialem Pflichtbewusstsein aus dem Geiste des christlichen Glaubens- und Sittengesetzes mit besonderem Nachdruck gepflegt werden, ebenso wie es im gesamten übrigen Unterricht geschieht.

Lehrstoff und Auswahl der Lehrbücher für den Religionsunterricht werden im Einvernehmen mit der kirchlichen Oberbehörde festgesetzt.

Art. 22:

Bei der Anstellung von katholischen Religionslehrern findet Verständigung zwischen dem Bischof und der Landesregierung statt.

Vielleicht sollte man Herrn Erdogan einmal eine Kopie der bestehenden Staatskirchenverträge zur Verfügung stellen.

Gegenseitigkeit

Darüber hinaus sollte man natürlich auch im Gegen-

zug verlangen, dass unsere Kirchen beispielsweise in der Türkei einen entsprechenden Rechtsstatus und Rechtsschutz erhalten und ihnen eine entsprechende Religionsfreiheit gewährt wird:

Christliche Gemeinden können in der Türkei bis heute nicht einmal ein Grundstück erwerben, um darauf eine Kirche zu bauen, weil sie in rechtlicher Hinsicht nicht „existieren“.

Vom Bau selbst ganz zu schweigen.

Wie Karl Kardinal Lehmann sagt (Cicero vom Januar 2008):

„Von mir aus könnte man sogar in Rom eine Moschee bauen, die höher ist als der Petersdom. Aber ich möchte dann im Gegenzug auch nicht verhaftet werden, wenn ich in Saudi-Arabien eine Messe lese“.

Politik für München

Politik für die
Stammkund-

Wiedereinführung der Pendlerpauschale: Das ist
auch ein Stück Rückkehr zu einer Politik für die eige-

schaft

nen Stammwähler.

Die CSU ist die Vertretung von Otto-Normal-Verbraucher, der Bürger, die sich für ihr Land, für eine gemeinsame gute Zukunft einsetzen.

Für diese Mitbürgerinnen und Mitbürger müssen wir arbeiten, und sie müssen wir für die Politik allgemein und unsere Politik im besonderen wiedergewinnen.

Geringe Wahl-
beteiligung

Denn das war eines der alarmierendsten Ergebnisse der letzten Kommunalwahlen in München:

Die Mehrheit der Wähler hat sich an der Veranstaltung „OB- und Stadtratswahl“ überhaupt nicht beteiligt.

München bildet in Sachen Wahlbeteiligung den absoluten Tiefpunkt einer bundesweiten Entwicklung.

Dank an Josef
Schmid

Dabei hat sich unser OB-Kandidat Josef Schmid noch bravourös geschlagen. Er hat heute schon bessere Ergebnisse eingefahren als der Bürgermeister von Hamburg, Ole von Beust, am Anfang.

Gegen einen seit 15 Jahren regierenden Christian Ude hatte er aber keine Chancen.

Die gewaltigen Probleme der SPD, und die gewaltigen Chancen von Josef Schmid, aber werden kommen, wenn Ude abtritt.

„Ude ist gleich SPD“ hat die SPD in München plakatiert.

Ganz richtig. Darum: kein Ude, keine SPD.

Menschen gewinnen

Die geringe Wahlbeteiligung signalisiert, dass die Menschen aus unserem politischen System auszuwandern drohen und sie sich von den politischen Parteien nicht mehr vertreten fühlen:

Eine „innere Auswanderung“ der Menschen.

Volkspartei für das Volk

Diese Distanz müssen wir durchbrechen. Die CSU ist die Volkspartei schlechthin, und als solche dürfen wir die eigene Stammkundschaft nicht vergessen:

- Vom Pendler über den Mittelständler, der seinen Betrieb,

- über den Landwirt, der seinen Hof vererben will
- bis zu den Eltern mit ihren Problemen beim G8
- oder den Hausärzten mit ihren Zukunftssorgen.

Das ist die bürgerliche Mitte,
und dieser Mitte müssen wir uns widmen.

Schluss

Die bayerische Heimat ist für uns eine unersetzliche Quelle unserer Kraft. Wir stehen für die unverwechselbare Kultur und Lebensweise und die Fortsetzung der ganz eigenständigen Geschichte Bayerns.

Wir müssen uns mit Hingebung der Aufgabe wittmen, die überkommenen Werte zu bewahren und zu gleichen Bahnen an der Spitze der Hochtechnologie und Industrie zu mischen.

Wir müssen die Pflege der Überlieferung mit der Dynamik der neuen Zeit verbinden.

Die CSU muss eindrucksvoll den Respekt der

Bayern vor dem Erbe, der Leistungskraft der Bayern und den Geist der Unabhängigkeit, der unser Land seit Eh und Je auszeichnet, verkörpern.

Dem stolzen Namen Freistaat Ehre machen, das ist unser Ziel. Dafür wurden wir gegründet.

Wir müssen uns auch die Fähigkeit bewahren in großen Perspektiven und weiten Horizonten zu denken. Politik ist eine geschichtliche Aufgabe.

Was gehört dazu: Die Achtung und Stärkung der Werte der Nation als Grundlage für die eigene Freiheit und für die internationale Zusammenarbeit. Wir sind für die Landesverteidigung und die Gemeinschaft mit freien Partnern in Europa und über den Atlantik hinweg.

Erst heimatliche Wurzeln machen internationale Kompetenzen überzeugend.